

# Medienpolitik als Herausforderung

Autor(en): **Blum, Roger**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Medienwissenschaft Schweiz = Science des mass média Suisse**

Band (Jahr): - **(2000)**

Heft 2

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-790809>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Medienpolitik als Herausforderung

## Editorial

Wenn man im schweizerischen Parlament nach Finanzpolitikern oder nach Sozialpolitikern fragt, füllt sich die Liste rasch mit vielen Namen an. Das Gleiche gilt für Umwelt-, Verkehrs- und Energiepolitiker, für Bildungs- und Wissenschaftspolitikerinnen und für Rechts- und Staatspolitiker. Selbst mit der Aussenpolitik befasst sich mittlerweile eine respektable Gruppe von Mitgliedern der Bundesversammlung. Erkundigt man sich aber nach Medienpolitikern, so herrscht geradezu Ratlosigkeit. Nur wenige kennen sich in diesem Themenbereich aus, beispielsweise solche, die in Aufsichtsgremien der SRG sitzen, ein Privatrado präsidieren oder in einer Publikumslobby wie dem «Medien-Forum», dem früheren «Hofer-Club», massgebend mitwirken. Es sind vielleicht 10 von 246 Parlamentsmitgliedern, die man als eigentliche Medienpolitiker bezeichnen kann. Die Parteien und Fraktionen pflegen Medienpolitik ungenügend als eigenständigen Politikbereich.

Aber auch die Wissenschaft hat sich in der Schweiz bislang nur marginal mit Medienpolitik befasst. Es existiert kein Handbuch zur schweizerischen Medienpolitik aus kommunikationswissenschaftlicher oder politikwissenschaftlicher Perspektive. Lediglich Aufsätze stehen uns zur Verfügung, so aus der Feder des Juristen Leo Schürmann von 1982, des Publizistikwissenschaftlers Ulrich Saxer von 1987 und des Juristen Gerhard Schmid von 1993. In der Zwischenzeit haben sich einige Kommunikationswissenschaftler in Vorlesungen dem Thema angenähert. Aber das Feld ist noch weitgehend unbeackert.

Ist denn das Thema überhaupt wichtig? Lohnt es sich, dass sich Politik, Lobbies und Wissenschaft mit ihm befassen? Was ist überhaupt Medienpolitik? Es gibt unterschiedliche Definitionen (wobei mal von Medienpolitik, mal von Kommunikationspolitik die Rede ist). Der Kommunikationswissenschaftler Franz Ronnenberger definierte 1986 relativ medienfreundlich: «Medienpolitik ist eine Subkategorie der Kommunikationspolitik. Sie umfasst alle jene Zielvorstellungen und Massnahmen, die der Pflege der gegenwärtig bestehenden Massenmedien dienen, einschliesslich der Konkurrenzbeziehungen zwischen ihnen.» Der Staatsrechtler Gerhard Schmid definierte 1993 relativ politikfreundlich: «Die Medien sind Teil des staatlich-gesellschaftlichen Gefüges. Infolgedessen kann das Ziel der Medienpolitik nur die Schaffung und Förderung eines Mediensystems sein, welches diesem politischen System verpflichtet ist und somit die erwünschten Zwecke bestmöglich erfüllen kann.» Bündig und neutral beschrieb 1996 der Kommunikationswissenschaftler Jan Tonnemacher den

Gegenstand: «Kommunikationspolitik ist geplantes und zielorientiertes Handeln zur Schaffung, Durchsetzung oder Erhaltung von Normen im Bereich der Information und Kommunikation im öffentlichen oder im eigenen Interesse.» Oder in den Worten des Politikwissenschaftlers Hans J. Kleinsteuber, ebenfalls 1996: «Kommunikationspolitik meint ein politisch motiviertes und intendiertes Handeln, das sich auf die Organisation, die Funktionsweise, die Ausgestaltung sowie die materielle und personelle Situation der Massenmedien bezieht».

Es geht also bei der Medienpolitik um die Frage, welche Normen der Staat erlassen soll, um die Funktionsweise von Information und Kommunikation zu regeln. Diese Frage ist heute besonders brisant, da immer mehr Grenzen zerfliessen:

- Immer mehr verschwindet die Grenze zwischen Individualkommunikation und Massenkommunikation.
- Immer mehr zerfasert die Grenze zwischen Information und Unterhaltung.
- Immer mehr zerfällt die Grenze zwischen nationalem Recht und internationalem Recht.

Leicht liesse sich argumentieren, im Zeitalter der Globalisierung und Deregulierung habe der nationale Staat als Gestalter Medienpolitik ausgespielt. Doch das Argument geht fehl. Denn nach wie vor obliegt es der nationalen Politik zu entscheiden, wieviel Service public sie von den Medien einfordert und wer ihn erbringen soll, wer welche Infrastrukturen zur Verfügung stellt, durch welche Kanäle die öffentliche und private Kommunikation finanziert werden soll sowie ob und welche Grenzen der Medienkonzentration formuliert werden sollen. Trotz Globalisierung formuliert China eine andere Medienpolitik als die USA es tun, und die französische ist von der ägyptischen verschieden. Es besteht also Spielraum, und es lohnt sich deshalb, sich mit der Medienpolitik zu beschäftigen und zu fragen: Welches können die Leitideen sein für eine schweizerische Medienpolitik im Zeitalter der Informationsgesellschaft? Angelehnt an Jan Tonnemacher möchte ich, durchaus normativ, vier mögliche Leitideen an den Anfang dieser Nummer von «Medienwissenschaft Schweiz» stellen:

### 1. Die Medienpolitik sollte eine breite Kommunikationsversorgung anstreben.

Sie sollte ermöglichen, dass alle Menschen Zugang zu Medien haben, dass Informations- und Kommunikationschancen möglichst hoch sind und dass es keine Region gibt ohne «eigene» Medien.

**2. Die Medienpolitik sollte ein hohes Mass an Kommunikationsfreiheit und Kommunikationsunabhängigkeit ermöglichen.**

Sie sollte den staatlichen Einfluss auf die Medien gering halten, und das durch die Pressefreiheit stipulierte Zensurverbot hochhalten. Sie sollte eine möglichst grosse Unabhängigkeit der Medien gegenüber gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräften sicherstellen.

**3. Die Medienpolitik sollte eine grosse Kommunikationsvielfalt anvisieren.**

Sie sollte dazu beitragen, dass möglichst viele unterschiedlichen Stimmen, Perspektiven, Sichtweisen Eingang in die Medien finden und dass möglichst überall verschiedene Medientypen, also Zeitungen, Zeitschriften, Radio- und Fernsehsender, Kinos, Internet-Anschlüsse zur Verfügung stehen.

**4. Die Medienpolitik sollte für eine hinreichende Kommunikationsausgewogenheit sorgen.**

Sie sollte die Voraussetzungen für den Binnenpluralismus schaffen und garantieren, dass auch abweichende Meinungen Gehör finden, ja dass ganz grundsätzlich die Bevölkerung Artikulationsmöglichkeiten besitzt.

Im Jahr 2001 wird die Vernehmlassung zum neuen Radio- und Fernsehgesetz abgeschlossen und ausgewertet. Anschliessend geht die Botschaft des Bundesrates an die

Bundesversammlung, und das Parlament ist am Zug. Im Jahr 2004 soll das Gesetz in Kraft treten. Gleichzeitig will die Staatspolitische Kommission des Nationalrates ihre Medien-Verfassungsartikel, die auch die Presse erfassen, vorantreiben. Die nächsten Monate und Jahre werden daher zeigen müssen, in welche Richtung die medienpolitische Reise der Schweiz geht. Die Politik ist gefordert. Aber auch die Wissenschaft hat einen Beitrag zu leisten – indem sie die Wirksamkeit bisheriger medienpolitischer Massnahmen erforscht, indem sie den gegenwärtigen Zustand des Mediensystems und die Vor- und Nachteile von Optionen für die Zukunft analysiert, und indem sie international vergleichend aufzeigt, wie sich bestimmte Modelle anderswo ausgewirkt haben. Diese Nummer unserer Zeitschrift soll aus wissenschaftlicher Sicht die Debatte eröffnen.

**Prof. Dr. Roger Blum** ist Ordinarius für Medienwissenschaft an der Universität Bern und Direktor des dortigen Instituts für Medienwissenschaft. Zugleich präsidiert er die Schweizerische Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft (SGKM).